



6. 2. Fragestunde im Amtsjahr 2014/15

Der Gemeinderatspräsident erläutert das Vorgehen. Insgesamt sind 8 Fragen eingereicht worden. Die Beantwortung erfolgt in der Reihenfolge des Eingangs. Der Ratspräsident weist darauf hin, dass die Begründungen der Fragen kurz zu halten sind.

1. Marcel Drescher (glp/GEU): Hermikonstrasse

„Wir stehen in Kontakt mit den Anwohnern der Hermikonstrasse (Abschnitt Usterstrasse - Chreis). Sie setzen sich bereits seit längerer Zeit aktiv für dringend notwendige Verkehrsberuhigungsmassnahmen ein. Die erhaltenen Informationen legen jedoch nahe, dass einerseits keine Tempo 30-Zone realisiert werden soll und andererseits sogar eine mit Landabtretungen verbundene Strassenverbreiterung geplant ist.“

Fragen

1. Welche Ziele verfolgt diese Planung, die den aktiv geäusserten Bedürfnissen der Anwohner widerspricht?
2. Der Stadtrat hat jahrelang immer wieder betont, dass er Tempo 30 zwar nicht flächendeckend, aber im Einzelfall realisieren will, wenn sowieso eine Sanierung ansteht. Wieso realisiert der Stadtrat an diesem Abschnitt der Hermikonstrasse jetzt nicht Tempo 30, das einerseits die von den Anwohnern dringend gewünschte Verkehrsberuhigung und andererseits eine klare Reduktion der Lärmbelastung in Einklang mit der neuen Lärmschutzverordnung des Bundes kostengünstig ermöglichen würde?“

Tiefbauvorstand Jürgen Besmer (FDP)

„Geplant ist eine Strassensanierung inklusive Ersatz der Werkleitungen sowie eine Neugestaltung des Strassenraums. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen. Der Stadtrat hat im Ganzen acht Varianten geprüft und diese für weitere Abklärungen und Optimierungen in Auftrag gegeben. Danach werden wir zuerst mit den Bewohnern sprechen und sie in dieses Projekt miteinbeziehen. Denn wir brauchen ihre Unterstützung. Sobald der Entscheid durch den Stadtrat getroffen wurde, werden Sie auch informiert. Betreffend Tempo 30: Eine einzelne Strasse kann gemäss Kantonspolizei nicht zu Tempo 30 erhoben werden, es müssen immer ganze Zonen sein.“

2. Stefan Kunz (SP/Grüne): Fussgängerstreifen Strehlgasse

„Weshalb hat es beim Denner an der Strehlgasse keinen Fussgängerstreifen? Der Übergang wird von der Glatt her kommend oder vom Parkplatz des Denners aus von vielen Kindern und Erwachsenen genutzt. Es kommt immer wieder zu heiklen und gefährlichen Situationen beim Überqueren der Strasse.“

Sicherheitsvorstand André Ingold (SVP)

„Vor ca. 10 Jahren hatte es an fast dieser Stelle, beim Eingang des Denners, bereits einen Fussgängerstreifen. Damals hatte man gemeint, dass dieser durch die Kinder genutzt werde. In der Praxis hatte sich jedoch gezeigt, dass dem nicht so ist, weshalb der Fussgängerstreifen wieder entfernt wurde. Erst kürzlich wurden weitere Abklärungen mit der Kantons- und Stadtpolizei, der Beratungsstelle für Unfallverhütung (BFU), den Verkehrserziehern und der Abteilung Tiefbau getroffen. Alle waren der Meinung, dass ein zusätzlicher Fussgängerstreifen an dieser Stelle zu gefährlich wäre. Links und rechts bestehen Ausfahrten. Einen Fussgängerstreifen bei Ausfahrten macht man aus Sicherheitsgründen nicht.“



3. Stefan Kunz (SP/Grüne): **Entschärfung Stolperfalle Fussgängerübergang Obere Zelglistrasse**

„Könnte beim Fussgängerstreifen „Kreuzung Obere Zelglistrasse - Wilstrasse“ der Absatz beim Randstein aufgehoben werden? Normalerweise sind die Randsteine bei Fussgängerstreifen abgescrängt und damit rollstuhl- und kinderwagentauglich.“

Sicherheitsvorstand André Ingold (SVP)

„Im Auftrag des Tiefbauvorstandes kann ich Ihnen mitteilen, dass ein Absenken des Randsteins möglich ist und gerne geprüft wird. Sollten keine grossen Kosten resp. Nachteile entstehen, werden wir dies auch in Auftrag geben.“

4. Orlando Wyss (SVP): **Innovationspark Dübendorf**

„Zwei Mitglieder des Stadtrates Dübendorf sind die treibenden Kräfte für die Unterstützung des Innovationsparks Dübendorf. Lothar Ziörjen und Martin Bäumle machen seit Jahren Werbung für dieses Projekt, welches für Dübendorf in Sachen Infrastrukturkosten und Infrastrukturbelastung zukunftsweisend ist. Dübendorf wird nur Kosten und Belastungen zu tragen haben, aber keine Steuereinnahmen generieren können. Da von den anderen Stadträten in dieser Thematik nichts zu hören ist, gelange ich mit folgenden Fragen an den Stadtrat:

Fragen

1. Besteht ein Stadtratsbeschluss, dass der Stadtrat das Projekt Innovationspark Dübendorf unterstützt? Wann wurde dieser Stadtratsbeschluss gefasst und welche Nummer hat dieser Stadtratsbeschluss?
2. Seit über acht Jahren sind die Grössenordnung, die Ausmasse und die Folgen für Dübendorf betreffend einer Realisierung des Innovationsparks Dübendorf bekannt. Wieso wurde die Bevölkerung von Dübendorf damals nicht in einer Konsultativabstimmung gefragt, wie sich die Stadt Dübendorf und insbesondere der Stadtrat Dübendorf bezüglich dieses Projektes positionieren sollen? Hat dies damit zu tun, dass der Stadtrat eine negative Rückmeldung fürchtete?
3. Was sind die Gesamtkosten, welche für die Stadt Dübendorf im Zusammenhang mit dem Innovationspark Dübendorf schon angefallen sind?“

Stadtpäsident Lothar Ziörjen (BDP)

„Die Fragen kann ich wie folgt beantworten:

1. Der Stadtrat hat nicht nur einen Beschluss gefasst. Es wurden zahlreiche Beschlüsse gefällt, um die jeweils nächsten Schritte zu legitimieren. Ich bitte dich, Orlando Wyss, um dein Verständnis, dass ich dir diese Liste der Stadtratsbeschlüsse jetzt nicht nennen kann. Diese werden wir jedoch gerne nachliefern. Der Stadtrat hat in jüngster Zeit eine positive Stellungnahme im Zusammenhang mit dem kantonalen Richtplan abgegeben. Ebenfalls eine Stellungnahme wurde zum kantonalen Gestaltungsplan abgegeben, worin wir mit 20 Anträgen an den Kanton gelangten. Im Grundsatz wurde entschieden, den Innovationspark zu unterstützen. Bereits im Jahr 2010 haben wir im Legislaturprogramm bekannt gegeben, dass wir im Rahmen der Gebietsplanung unsere Haltung miteinbringen werden. Im aktuellen Legislaturprogramm von 2014-2018 ist diese Thematik ebenfalls wieder enthalten.
2. Auch in Dübendorf müssen wir darauf achten, rechtsverbindliche Abstimmungen durchzuführen. Nur so kann ein rechtsverbindlicher Auftrag der Bevölkerung an die Exekutive oder den Gemeinderat erteilt werden. Sollten Kosten auf die Stadt Dübendorf zukommen, werden diese selbstverständlich beim zuständigen Gremium (Gemeinderat oder Volksabstimmung) beantragt werden. Dafür ist es momentan jedoch noch zu früh, weil die entsprechenden Verfahren noch nicht so weit fortgeschritten sind. Ich kann Ihnen versichern, dass sich der Stadtrat jederzeit um die Stadt-



planung sowie die Wirtschaftsförderung kümmert, so wie es in seinem Auftrag steht. Der Stadtrat ist gefordert, jederzeit vorausdenkend zu arbeiten und für den Gemeinderat die zu fällenden Entschiede entsprechend vorzubereiten. Die Möglichkeit einer solchen Konsultativabstimmung wurde nicht diskutiert, weil wir diese in diesem Fall nicht als zielführend erachtet haben bzw. wir grundsätzlich rechtsverbindliche Abstimmungen durchführen wollen. Angst haben wir selbstverständlich keine. Man muss sich bewusst sein, dass ein Stadtrat keine Angst vor Führungsaufgaben haben kann und darf. Er muss Fragen stellen, vorbereiten und entsprechend handeln. Entscheidungen des Volkes werden so akzeptiert, wie diese getroffen wurden. Angst muss man nicht haben und ich kann Ihnen versichern, dass wir auch keine haben. Der Stadtrat hat eigentlich nie Angst. Ich bin der Meinung, dass wir stufengerecht bleiben müssen. Dies heisst auch, dass wir mitreden müssen, wo etwas passiert. Umgekehrt wurde uns auch schon vorgeworfen, dass wir uns in die Entwicklungsfrage des Flugplatzes Dübendorf miteinbringen würden, obwohl wir das entstehende Vakuum nicht ausgelöst haben. Ausgelöst wurde dieses nämlich durch den Bund. Der Bund hat den Takt vorgegeben und der Kanton musste zusammen mit dem Bund die Verantwortung wahrnehmen, sich über den späteren Zeitpunkt Gedanken zu machen. Um den Flugplatz Dübendorf gibt es Anreinergemeinden, welche zwei Möglichkeiten haben: Entweder vergraben wir unseren Kopf im Sand und sagen, dass wir nicht wissen wollen, was geplant wird, oder wir wollen dabei sein und mitgestalten können. Das Thema ist hochpolitisch und emotional und nicht unbedingt sachgerecht, wenn man es mittels einer Konsultativabstimmung bearbeiten würde.

3. Der Stadtrat hat sich zu dem Zeitpunkt, als über das Gebietsmanagement gesprochen wurde, an einer Kostenteilung beteiligt. Der Bund hat die Hauptkosten übernommen, der Kanton hat einen Teil übernommen und die restlichen Kosten wurden auf die Zürcher Planungsgruppe Glattal (ZPG) und die drei Anreinergemeinden des Flugplatzes aufgeteilt. Alle haben einen Beitrag bezahlt. Den genauen Betrag kann ich auswendig nicht abrufen, er bewegt sich aber zwischen Fr. 10'000.00 und Fr. 30'000.00 pro Jahr. Die genaue Zahl werden wir nachliefern. Wir haben uns in der ersten Phase beteiligt. In der letzten Phase, die jetzt gemacht wird, werden die Kosten durch den Bund und den Kanton bezahlt. Weiterhin haben wir jedoch das Mitspracherecht, welches wir auch geltend gemacht haben. Ich will auch noch anmerken, dass dieses Projekt ein Katalysator für all das ist, was die Wirtschaft braucht. Es ist ein wichtiges wirtschaftliches Projekt, worin sich die Stadt Dübendorf einbringen und beteiligen kann. Wir müssen in die Zukunft schauen, denn es ist ein Mehrgenerationenprojekt, welches einen unheimlichen Multiplikator haben wird. Konkret kann ich Ihnen heute nichts über die Wertschöpfung sagen. Ein vergleichbares Beispiel dafür ist aber die Glattalbahn. Gegen eine Milliarde Franken wurde dort ungefähr investiert. Bis ins Jahr 2015 wurde dadurch ein Bauvolumen von rund neun Milliarden Franken ausgelöst. Dieses Geld floss in die Wirtschaft und wir alle profitieren davon. Ich kann Ihnen sagen, dass andere Regionen der Schweiz dankbar um solche Wertschöpfungsmöglichkeiten wären. Bei der Glattalbahn erwarten wir bis ins Jahr 2020 weitere Investitionen von fünf Milliarden Franken. Man muss sehen, dass solche Projekte nachhaltig und wichtig für unsere Wirtschaft sind. Die Stadt Dübendorf sollte als Standortgemeinde nicht nebensächlich stehen.

In diesem Sinne hoffe ich, dass ich die Fragen einigermaßen vollständig beantworten konnte. Erlauben Sie mir aber noch ganz kurz eine Bemerkung, welche mit dieser Anfrage nichts zu tun hat: Ich stelle fest, dass das, was Sie sich in Ihrer Geschäftsordnung gesetzt haben, eigentlich je länger je mehr nicht mehr „Fragestunde-Fähig“ ist. Die Fragen haben teilweise eher den Charakter einer Interpellation. Wenn Sie Fragen stellen, mit 1., 2., 3., 4., dann wird es teilweise schwierig, diesen auf Ebene der Fragestunde noch gerecht werden zu können. Sie wollen gut bedient werden und richtige Antworten erhalten. Auch wir wollen richtige Antworten geben und sind durchaus bereit, auch eine Interpellation entgegen zu nehmen, damit wir diese Fragen sauber abklären können. In diesem Sinne hoffe ich, dass Sie merken, dass eine Fragestunde für Fragen mit hohem Detaillierungsgrad nicht das richtige Instrument ist.“



Orlando Wyss (SVP)

„Nur noch eine kurze Präzisierung, damit es der Stadtrat nicht so schwierig hat: Mich interessieren die Stadtratsbeschlüsse vor dem 18. Dezember 2007.“

5. Bruno Eggenberger (BDP): Solaranlagen der Badeanstalt

„Wir haben in Dübendorf ja eine sehr schöne Badi. Sicher nutzen diese auch viele hier im Raum und konnten feststellen, dass wir letztes Jahr etwas schneller schwimmen mussten, wenn wir nicht frieren wollten. Dies, weil die Solaranlage leider nicht mehr in Betrieb war, da sie totalsaniert werden musste. Nun haben wir eine neue Anlage, die sich in der Bauphase befindet. Dazu stelle ich folgende Fragen:

Fragen

1. Wie weit sind die Arbeiten der Solaranlagen der Badeanstalt abgeschlossen?
2. Kann die Warmwasseraufbereitung mit der Eröffnung der Badeanstalt in Betrieb genommen werden?
3. Was für einen Vorteil hat die Bevölkerung von der neuen Anlage in Bezug auf die Temperatur?“

Sicherheitsvorstand André Ingold (SVP)

„Besten Dank für diese Frage, somit kann ich auch gleich Werbung machen dafür. Wenn die Anlage fertiggestellt ist, werden wir seitens Sport- und Freizeitanlagen Dübendorf (SFD) auch noch einen Bericht im Glattaler machen. Die Arbeiten wurden Ende letztes Jahr vergeben und sind jetzt im Gang. Die Investitionen, die wir jetzt tätigen, waren bereits vorgängig immer im Jahr 2015 geplant. Leider wurden wir letztes Jahr durch Verschmutzungen im Wasser überrascht, welche einen Zusammenhang mit den Solarabsorbern hatten, weshalb wir die Anlage abstellen mussten. Gemäss Terminplan sollte die Anlage ab dem 15. April 2015 in Betrieb genommen werden können. Die Badi öffnet am 1. Mai, somit hätten wir eine Testphase von zwei Wochen, in denen die Regulierung richtig eingestellt werden kann. Die Anlage ist eine Solar-Absorberanlage, welche nicht zu verwechseln ist mit einer Solaranlage, wie man sie im herkömmlichen Sinn kennt. Die Anlage besteht aus Platten mit Hohlkörpern, in welche kaltes Wasser gepumpt wird. Dieses bleibt auf der Dachfläche liegen, bis es ca. 50° Celsius erreicht. Danach wird das warme Wasser in die Becken des Schwimmbades verteilt. Wir erwarten durchschnittliche 1.5 - 2° Celsius wärmeres Badewasser für die Bevölkerung. Aufgrund des Wetters kann dieser Wert variieren.“

6. Daniel Brühwiler (gIp/GEU): Arbeiten am Glattkanal

„Bereits in der letzten Fragestunde im September 2014 gab der Stadtrat zu diesem Thema Auskunft. Unter anderem hat er damals festgehalten, dass zwei Varianten zur Diskussion stehen: Reparatur des Dammes oder Erstellung einer Auenlandschaft. Wenn man zurzeit entlang dem Glattkanal spazieren geht, kann man feststellen, dass der Wasserstand immer noch abgesenkt ist. Daher bitte ich den Stadtrat um Antworten zu folgenden Fragen:

Fragen

1. Welche der beiden im September 2014 erwähnten Varianten gelangt zur Ausführung?
2. Wann ist der Abschluss des Projektes geplant und in welcher Grössenordnung liegen die Kosten, welche die Dübendorfer Rechnung belasten wird?“

Tiefbauvorstand Jürgen Besmer (FDP)

„Die provisorischen Arbeiten sind abgeschlossen, wofür wir eine Bewilligung für fünf Jahre vom Kanton erhielten. Im Februar haben wir den Bericht über die Sanierungsmöglichkeiten des Glattkanals erhalten. Der Stadtrat hat den Bericht an den Kanton weitergeleitet. Nach Rücksendung der Stellung-



nahme durch den Kanton zu den von Daniel Brühwiler bereits erwähnten zwei Varianten, wird der Stadtrat einen Entscheid treffen. In diesem Bericht wurden auch Schätzungen über die Kosten für die Sanierungsmöglichkeiten aufgeführt:

- Kanalsanierung: rund Fr. 1'300'000.00
→ Alleine durch die Stadt Dübendorf zu tragen.
→ Unterhalt durch die Stadt Dübendorf zu tragen.
- Auenlandschaft: rund Fr. 3'300'000.00
→ ca. 60-80 % würden durch den Bund übernommen werden.
→ Unterhalt durch den Kanton zu tragen.

Die Kosten müssten dann zuerst in die Investitionsrechnung eingestellt werden und die Ausführung könnte ca. im Jahr 2018/2019 erfolgen. Vorgängig muss klar festgehalten werden, ob die Leaderfunktion durch die Stadt Dübendorf oder den Kanton Zürich übernommen wird. Sobald wir aufgrund der Stellungnahme durch den Kanton mehr wissen, werden wir weiter informieren.“

Daniel Brühwiler (glp/GEU)

„Verstehe ich das richtig: Dadurch, dass die provisorischen Arbeiten abgeschlossen wurden, passiert bis ins Jahr 2018 oder 2019 nichts mehr?“

Tiefbauvorstand Jürgen Besmer (FDP)

„Ja, das ist richtig. Die provisorischen Arbeiten haben uns Zeit und Luft verschafft, um das Projekt auf diese Weise vorwärtszutreiben. Somit müssen wir nicht aus einer Not heraus etwas sanieren. Man muss auch bedenken, dass eine Kanalsanierung nur ungefähr 25 Jahre hält. Mit einer Auenlandschaft wären wir da bedeutend besser dran. Nach der Abwägung aller Punkte muss der Stadtrat zuerst einen Variantenentscheid treffen und danach das Geld sprechen resp. das Geld durch den Gemeinderat sprechen lassen.“

7. Hans Baumann (SP/Grüne):

Wohnbauförderung

„Der in der Volksabstimmung vom 9. Februar 2014 angenommene Gegenvorschlag zur Initiative „Wohnen für alle“ sieht einen neuen Artikel in der Gemeindeordnung vor. Dieser verlangt vom Stadtrat, dass er Wohnbauförderung betreibt. Und ja, das heisst übrigens, dass bei jedem Grundstück der Stadt Dübendorf abgeklärt werden muss, ob dort Wohnbauförderung betrieben sowie preisgünstiger Wohnungsbau erstellt werden kann. Paul Steiner hat dies bei seinem Referat zum Leepünt angezweifelt. Ich mache ihn darauf aufmerksam, dass dies ein Volksauftrag ist. Gerade diese Seite der Politik, die sich sonst immer sehr darum bemüht, dass Volksentscheide wörtlich und seriös umgesetzt werden, stört sich beim Leepünt anscheinend daran. Aber offensichtlich gilt dieser Einsatz für die Umsetzung nur für eigene Volksinitiativen.“

Fragen

1. Wurde die Gemeindeordnung bereits mit dem neuen Artikel ergänzt?
2. Wenn nein, wann geschieht dies?
3. Ab wann ist der neue Artikel rechtskräftig?“

Stadtpräsident Lothar Ziörjen (BDP)

„So einfach wie die Fragen sind, sind auch die Antworten:

1. Ja
2. -/-
3. Nach der Volksabstimmung bedarf es der Genehmigung durch den Regierungsrat, welche am 30. April 2014 erfolgte. Seit diesem Datum ist der Artikel rechtskräftig und in der Gemeindeordnung enthalten. Die aktuelle Gemeindeordnung ist auf der Website der Stadt Dübendorf ersichtlich.“



8. Flavia Sutter (SP/Grüne): Lindenplatz

„Die provisorische Umgestaltung des Lindenplatzes wirft Fragen auf, vor allem im Hinblick auf die definitive Gestaltung, die gemäss Gesamtverkehrskonzept im Jahr 2016/2017 erfolgen soll.

Fragen

1. Gibt es für Velofahrer eine Möglichkeit, vom Bahnhof her kommend in die Wallisellenstrasse über die Fussgängerzone einzubiegen? Möglich ist es jetzt zwar, aber wohl nicht ganz legal.
2. Der Platz beim Einhornbrunnen wurde asphaltiert und wirkt jetzt nicht sehr einladend zum Verweilen. Wie soll der Platz nachher aussehen? Wird ein Landschaftsarchitekt beigezogen?“

Sicherheitsvorstand André Ingold (SVP)

„Die Umgestaltung des Lindenplatzes musste relativ schnell angegangen werden, weil er seit rund fünf Jahren ein Unfallschwerpunkt war. Wie Flavia Sutter sagte, ist die Umgestaltung noch nicht fertig, das „Provisorium“ soll aber trotzdem funktionieren. Es ist auch richtig, dass der Stadtrat noch etwas anderes geplant hat, zusammen mit weiteren Projekten. Diese Projekte sind aber noch nicht ausgearbeitet. Für die definitive Gestaltung soll dem Gemeinderat zu gegebener Zeit eine mehrheitsfähige Vorlage unterbreitet werden. Im Moment ist keine Velospur über den Fussgängerbereich geplant. Ob dies in der Endgestaltung eine Möglichkeit ist, ist Sache der Planung. Auch die Asphaltierung wurde so gemacht, da es sich um ein Provisorium handelt. In der Endgestaltung wird diese sicher anders aussehen. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass auch in der Endgestaltung ein Bereich asphaltiert bleiben wird. Die Zufahrten mit Lastwagen für die Gewerbetreibenden müssen gewährleistet sein.“

Die Richtigkeit bescheinigt

Beatrix Peterhans
Gemeinderatssekretärin